

Interpellation von Dr. Ueli Mägli (SP, Zürich) und Mitunterzeichnende
betreffend die Sparmassnahmen und den Leistungsabbau bei den
Bezirksberufsberatungsstellen

In den letzten 10 Jahren ist bei den Bezirksberufsberatungsstellen ein grosser Ausbau des Dienstleistungsangebotes erfolgt (Laufbahnberatung von Erwachsenen, beruflicher Wiedereinstieg von Frauen, Beratung von Stellenlosen, besserer Informationszugang für die Bevölkerung, usw.). Diese Mehrleistungen wurden mit einer Personalaufstockung von lediglich 1,5 Stellen bewältigt. Die Nachfrage nach Dienstleistungen der Berufsberatung hat sich in jüngster Vergangenheit noch gesteigert, gleichzeitig stehen der Berufsberatung infolge der Sparmassnahmen eher weniger Mittel zur Verfügung.

Angesichts dieser Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die genauen reellen Kosten, welche die Berufsberatung innerhalb der Bezirksjugendsekretariate verursacht, bekannt? Falls dies nicht zutrifft, ist der Regierungsrat bereit, eine genaue Kostenübersicht zu erarbeiten und zuhanden des Kantonsrates zu veröffentlichen?
2. Trifft es zu, dass in den letzten Jahren im Kantonalen Jugendamt falsch budgetiert wurde, und somit der Symbiose Bezirksjugendsekretariate/Berufsberatung Mittel in der Grössenordnung von 4--5 Mio. Franken fehlen?
3. Wie wirken sich die eingeleiteten und angedrohten Sparmassnahmen (Sistierung der Weiterbildung bei den Berufsberater/-innen, angedrohter Stellenabbau, zurückgestellte Beförderungen, administrativer Mehraufwand durch die neue Gebührenordnung) auf die Motivation und die Arbeitsbedingungen der Berufsberater/-innen aus?
4. Sind ausser den Einsparungen beim Personal auch die Reduktion des Sachaufwandes (u.a. Reduktion der Mietzinsen) und organisatorische Vereinfachungen (Regionalisierung) ernsthaft geprüft worden?
5. Welche Konsequenzen haben die eingeleiteten und geplanten Sparmassnahmen für die Leistungsfähigkeit der Bezirksberufsberatungsstellen?
6. Welche Wartezeiten für Ratsuchende ergeben sich durch die Diskrepanz zwischen den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen und der steigenden Nachfrage (u.a. durch Stellenlose oder von Personen, die durch Arbeitslosigkeit bedroht sind)?
7. Ist der Regierungsrat bereit, sein Sparkonzept inbezug auf die Bezirksberufsberatungsstellen zu überprüfen, so dass die Leistungen der Berufsberatung mindestens auf dem bisherigen Standard aufrechterhalten bzw. bei einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit noch ausgebaut werden können?

Dr. Ueli Mägli

Bruno Zuppiger Hans Peter Amstutz
Doris Gerber-Weeber Hanspeter Lienhart

Ruedi Winkler
Trudi Kohler
Ruedi Keller
Jacqueline Fehr
Peter Stirnemann
Rolf Krämer
Heini Bloch
Peter Oser
Martin Bornhauser
Liselotte Illi
Annegret Katzenstein

Walter Linsi
Susanne Frutig
Regina Bapst-Herzog
Anna Guler
Hartmuth Attenhofer
Barbara Marty Kälin
Dr. Thomas Huonker
Esther Knecht
Ernst Wohlwend
Regine Aeppli Wartmann

Begründung:

Durch den beschleunigten Strukturwandel in der Wirtschaft aber auch die steigende Arbeitslosigkeit wird die Nachfrage nach Dienstleistungen der Berufsberatung noch anwachsen. Gleichzeitig soll der Berufsberatung, die seit jeher mit eher knappen finanziellen Mitteln arbeiten musste, der Handlungsspielraum durch fragwürdige lineare Sparmassnahmen weiter eingeengt werden. Dabei sollte der Kanton Zürich auch in einer schwierigen finanziellen Situation imstande sein, dringend notwendige Prioritäten zu setzen. Konzeptionsloses Sparen wird in Zukunft gerade auch im Falle der Berufsberatung einen Substanzverlust zur Folge haben.